

Inhalt:

Seite 1: Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE / **Seite 1:** Gemeinsame Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE mit anderen Fraktionen / **Seite 1:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen / **Seite 2:** Die Landtagssitzung vom 29./20. April 2010 im Überblick / **Seite 7:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 7:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 8:** Lesetipps

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE

- TOP 05:** Bericht über Flurneuordnungsverfahren / [Drs. 5/2548](#)
- TOP 06:** Beitragsverfahrenspraxis der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft / [Drs. 5/2549](#)
- TOP 09:** Entwurf eines Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung „Restauratorin“ oder „Restaurator“ im Land Sachsen-Anhalt / [Drs. 5/2544](#)
- TOP 13:** Verbreitung kinderpornografischer Daten im Internet durch Löschung verhindern / [Drs. 5/2545](#)
- TOP 14:** Kooperationsverbot im Bereich der Bildungspolitik aufheben / [Drs. 5/2546](#)
- TOP 15:** Ergänzung der Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien / [Drs. 5/2547](#)
- TOP 16:** Verbesserung der Angebote integrativer Kinderbetreuung und -bildung / [Drs. 5/2550](#)
- TOP 17:** Mehr Transparenz für öffentlich-private Partnerschaften / [Drs. 5/2551](#)
- TOP 18:** Konsequente dreijährige Förderung von nicht verkürzbaren Umschulungen / [Drs. 5/2552](#)
- TOP 20:** 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Tag der Erinnerung, der Mahnung und zugleich Chance für ein demokratisches, friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen und Völker / [Drs. 5/2561](#)

Gemeinsame Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE mit anderen Fraktionen

- TOP 01:** Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses
[Drs. 5/2553](#), [Drs. 5/2570](#)

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen

- TOP 03:** Entwurf eines Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundesnaturschutzgesetz
Änderungsantrag [Drs. 5/2576](#)

Die Landtagssitzung vom 29./30. April 2010 im Überblick

Im folgenden werden in der Reihenfolge des zeitlichen Ablaufs in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** dargestellt. Es erfolgt eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Tagesordnungspunkte.

Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

29. April 2010, erster Beratungstag

TOP 01: Die Abgeordneten der FDP und der LINKEN fordern die [Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses \(Drs. 5/2553, Drs. 5/2570\)](#). Die Initiative war von der FDP ausgegangen und fand bei der LINKEN [Unterstützung](#). Hintergrund sind personelle Veränderungen in der Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern im März 2010. In der Folge wurden Informationen bekannt, die Unregelmäßigkeiten im Bereich des Innenministeriums zumindest vermuten ließen. Eine zufrieden stellende Klärung im Innenausschuss erwies sich zunächst als nicht möglich, daher nun der Untersuchungsausschuss. Für DIE LINKE betont deren rechts- und innenpolitische Sprecherin **Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#) / [Video](#)): „Ich kann an dieser Stelle auch für unsere Fraktion versichern, dass wir alles dafür tun werden, damit der Untersuchungsausschuss spätestens im Oktober beendet sein wird, weil es zum guten politischen Stil gehört, einen Untersuchungsausschuss nicht im Wahlkampf zu missbrauchen.“ Mit den Stimmen der FDP und der LINKEN erfolgt die Einsetzung, CDU und SPD enthalten sich der Stimme – es ist der 12. Parlamentarische Untersuchungsausschuss in der Geschichte des Landtages.

TOP 03: Die Koalition legt den [Entwurf eines Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundesnaturschutzgesetz \(Drs. 5/2558, Drs. 5/2572, Drs. 5/2576\)](#) vor. Das ist insofern nicht völlig gewöhnlich, als dies eher von der Landesregierung zu erwarten war. Immerhin erspart der Weg über die Fraktionen bei Gesetzentwürfen ein langwieriges vorgeschriebenes Anhörungsverfahren ... Darauf verweist auch der umweltpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)): „Die Koalition hat dankenswerterweise die Rolle der Landesregierung übernommen und den Entwurf eines Landesnaturschutzgesetzes, das dringend erforderlich ist, eingebracht. ... Das Agieren der Landesregierung schätzen wir als ungenügend ein. Wir brauchen eine zeitnahe umfängliche Anhörung, möglichst noch im August dieses Jahres. Wir brauchen eine intensive Ausschussberatung und ... das zögerliche Handeln der Landesregierung zwingt den Landtag zur Eile. Ein Abschluss noch im Jahr 2010 wäre dringend geboten.“ Der Änderungsantrag der LINKEN zielt darauf, dem Naturschutz und einer nachhaltigen Entwicklung in Sachsen-Anhalt notwendigen Raum geben. Er sei bereits mit zwei Umweltverbänden abgestimmt. Der Gesetzentwurf sowie die Änderungsanträge der LINKEN und der FDP werden in den Ausschuss für Umwelt sowie in die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Landesentwicklung und Verkehr und für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

TOP 04: Ebenfalls von der Koalition kommt der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Nationalpark „Harz \(Sachsen-Anhalt\)“ \(Drs. 5/2559\)](#). Es geht um eine Reihe von Anpassungen an neue Gegebenheiten. Der umweltpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) bemängelt: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist wiederum von den Koalitionsfraktionen eingebracht worden. Für die betroffene Öffentlichkeit vor Ort ist es schwer nachvollziehbar, dass die Landesregierung ihrer Aufgabe nicht gerecht wurde und die erforderliche Anpassung nicht selbst in den Landtag eingebracht hat, noch dazu, weil in die Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes die unmittelbar Betroffenen, die Nationalparkverwaltung selber, die Beiräte oder die Verbände, in keiner Weise einbezogen wurden.“ DIE LINKE fordere, den Nationalparkbeirat, den Wissenschaftlichen Beirat und die Nationalparkverwaltung im Umweltausschuss anzuhören. Der Gesetzentwurf wird in den Umweltausschuss überwiesen.

TOP 05: Einen [Bericht über Flurneuordnungsverfahren \(Drs. 5/2548, Drs. 5/2571\)](#) wünscht DIE LINKE, in der **Antragsbegründung** heißt es: „In den zurückliegenden Jahren wurden jährlich im erheblichen Umfang finanzielle Mittel zur Gestaltung von Flurneuordnungsverfahren eingesetzt. Im Rahmen dieser landesweiten Flurneuordnung sind alle Landkreise und eine Vielzahl von Kommunen betroffen.“

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, dass die Landesregierung ... einen ausführlichen Bericht über Ergebnisse und Stand der Flurneuordnungsverfahren vorlegt.“ Der agrarpol. Sprecher der LINKEN **Hans-Jörg Krause** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) erläutert das Anliegen u.a. so: „Im Durchschnitt dauert ein Bodenordnungsverfahren im Land acht bis zehn Jahre. Die finanziellen Aufwendungen, die von Land, Bund und EU getragen werden, haben in der Vergangenheit pro Jahr jeweils bis zu 20 Millionen € betragen. Diese Aufwendungen geben insbesondere den Finanzpolitikern regelmäßig zur Haushaltsdebatte immer wieder Anlass zur Nachfrage hinsichtlich der Notwendigkeit dieser hohen Summen.“ Ziel sei es, Schlussfolgerungen hinsichtlich einer Optimierung der laufenden und der beantragten Verfahren zu ziehen. Die Koalition legt einen detaillierten [Änderungsantrag](#) vor, der schließlich von allen Fraktionen mitgetragen und auch beschlossen wird.

TOP 06: Ebenfalls von der LINKEN stammt der Antrag [Beitragsverfahrenspraxis der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft](#) ([Drs. 5/2549](#), [Drs. 5/2574](#)), die Landesregierung soll vor dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über Hintergründe, Notwendigkeiten und Auswirkungen der Änderung der Beitragsverfahrenspraxis der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (LBG) zu berichten. Der Agrarpolitiker der LINKEN **Harry Czeke** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) bringt es auf den Punkt: " Die Fraktion DIE LINKE wie auch ich persönlich haben die Änderung der Beitragsverfahrenspraxis der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mit Unbehagen und Unverständnis zur Kenntnis genommen, da hiervon gerade sehr viele kleine Waldbesitzer betroffen sind. Wenn man über etwaige Folgen dieser Handhabung nachdenkt und gerade das kleinstrukturierte Waldeigentum zur Disposition gestellt werden könnte, ist diese Angelegenheit für uns nicht allein eine finanztechnische, sondern auch eine politische Frage.“ Es bestünde eine gewisse Gefahr für den Erhalt des kleinteiligen Waldeigentums. Ein [Änderungsantrag](#) der Koalition fordert letztlich ebenfalls eine Berichterstattung, allerdings ist CDU und SPD der Ursprungsantrag wohl zu „politisch“ ... Schließlich wird besagter Änderungsantrag mehrheitlich angenommen, DIE LINKE enthält sich der Stimme.

TOP 08: Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Gesetzes zur Verteilung von Versorgungslasten bei Dienstherrnwechseln](#) ([Drs. 5/2531 neu](#)) vor, es geht offenbar um ein eher diffiziles beamtenrechtliches Problem in Sachen Versorgungsleistungen, das im Zuge der Föderalismusreform mittels Staatsvertrag zu regeln ist. Die Sprecherin der LINKEN für Verwaltungsmodernisierung **Dr. Helga Paschke** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) unterstreicht die Notwendigkeit einer Debatte auch zu Staatsverträgen, das das Parlament ansonsten außen vor bleibe. Und mit Blick auf den Beamtenstatus und die gerade behandelten Folgen fügt sie an: „Wir könnten uns viel Bürokratie und viel Ärger ersparen und könnten ein gleichberechtigtes Modell haben, wenn wir alle in die Rentenkasse einzahlen würden.“ Der Gesetzentwurf wird in den Ausschuss für Finanzen und in den Ausschuss für Inneres überwiesen.

TOP 09: DIE LINKE bringt den [Entwurf eines Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung „Restauratorin“ oder „Restaurator“ im Land Sachsen-Anhalt](#) ([Drs. 5/2544](#)) in den Landtag ein, im Kern geht es um die Führung der Berufsbezeichnung „Restauratorin“ oder „Restaurator“ im Land Sachsen-Anhalt. Der kulturpol. Sprecher der LINKEN **Stefan Gebhardt** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) begründet die Notwendigkeit so: „Wir müssen jedoch auch zur Kenntnis nehmen, dass sich über Jahrhunderte hinweg durch politisches Unverständnis und mangelndes Wertebewusstsein die Anzahl historischer Kunst- und Kulturgüter mehr und mehr verringert hat. Eine Form der Beschädigung oder auch Zerstörung ist leider auch das unsachgemäße bzw. nicht qualifizierte Restaurieren. ... Wir haben nach wie vor den Zustand, dass sich jede und jeder Restaurator bzw. Restauratorin nennen darf – unabhängig von seiner Ausbildung, seiner Qualifikation und seinen Fachkenntnissen.“ Der Gesetzentwurf zielt zum einen auf die Erhöhung des Verbraucherschutzes und zum anderen auf den Schutz von Kunst- und Kulturgütern. [Kultusminister Olbertz](#) gibt sich skeptisch: „In Mecklenburg-Vorpommern gab es in den letzten Jahren mehrere Anläufe, dieses Gesetz aufzuheben Wenn ich richtig informiert bin, dann hatte das verschiedene Gründe, unter anderem die Einschätzung, dass man ein solches Gesetz nicht brauche, dass es den Berufsstand der diplomierten Restauratoren privilegiere und Restauratoren vor allem im Handwerk benachteilige. Seit einiger Zeit gibt es auch die Befürchtung, dass ein solches Gesetz ungerechtfertigte Einschränkungen im Sinne der EU-Dienstleistungsrichtlinie formuliere, also hinsichtlich der freien Berufsausübung.“ Der Gesetzentwurf wird von allen Fraktionen in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

TOP 10: Auch die FDP mag bei Gesetzentwürfen nicht abseits stehen stellt den [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Subsidiarität bei der Erstellung von Luftreinhalte- und Aktionsplänen](#) ([Drs. 5/2554](#)) vor. Zur **Begründung** heißt es: „Ziel ist die Zuständigkeitsverlagerung auf die Landkreise bzw. kreisfreien Städte und damit auf die Ebene, die auch für die Durchführung von Verkehrsbeschränkungen im Rahmen

von Luftreinhalte- und Aktionsplänen nach § 47 Abs. 1 und 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz ... zuständig ist. Die entsprechenden Maßnahmen würden dadurch mit größtmöglicher Ortskenntnis erfolgen und damit eine weiterreichende Akzeptanz in der Bevölkerung bewirken.“ Die Energie- und Umweltpolitikerin der LINKEN **Angelika Hunger** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) warnt vor übertriebenen Erwartungen: „Eine dauerhafte Absenkung der Luftbelastung in den Städten und Ballungsräumen ist nur dann zu erreichen, wenn die Quellen für die Emissionen endlich verringert werden und wenn wir diese Quellen nicht nur umleiten oder durch eine grüne Welle in andere Bereiche bringen, in denen der Schadstoffausstoß weitergeht. Wer wachsendem Verkehr vorrangig mit dem Bau neuer Straßen begegnet und kein Konzept zur Verringerung des Verkehrsaufkommens entwickelt, wird das Problem der Luftschadstoffe nicht wirklich lösen können.“ Der Gesetzentwurf wird in den Ausschuss für Umwelt und in den Ausschuss für Inneres überwiesen.

TOP 11: Die Landesregierung bringt den [Entwurf eines Gesetzes über Wohnformen und Teilhabe](#) ([Drs. 5/2556](#)) ein – ebenfalls eine Folge der Föderalismusreform, er soll das Bundesheimgesetz ablösen. Zudem heißt es in der **Gesetzesbegründung**: „Nach Artikel 38 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt stehen ältere Menschen und Menschen mit Behinderung unter dem besonderen Schutz des Landes. Das Land fördert ihre gleichwertige Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft. Mit dem Gesetzentwurf soll auch diesem Verfassungsauftrag Rechnung getragen werden.“ Der behindertenpol. Sprecher der LINKEN **Dr. Detlef Eckert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) betont mahnend: „Mit Blick auf die Interessen älterer und behinderter Menschen reicht eine Reform des bisherigen Heimrechts nicht aus. Es gehören auch Vorschriften, die auf den Lebensalltag in den Einrichtungen Einfluss nehmen, wie beispielsweise das Baurecht, die Hygienevorschriften oder auch die Brandschutzvorschriften, auf den Prüfstand. Wir müssen einfach feststellen, ob und wie diese Vorschriften oder auch ihre Anwendung geändert werden müssen, damit ältere und behinderte Menschen ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben führen können. Nach meiner Kenntnis hat eine derartige Prüfung noch nicht stattgefunden.“ Alle Fraktionen stimmen für eine Überweisung in den Ausschuss für Soziales sowie in die Ausschüsse für Recht und Verfassung und für Inneres.

TOP 13: DIE LINKE will die [Verbreitung kinderpornografischer Daten im Internet durch Löschung verhindern](#) ([Drs. 5/2545](#), [Drs. 5/2575](#)). Eine Sperrung entsprechender Seiten reiche nicht aus, so heißt es in der **Begründung**, und weiter: „Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt sieht jedoch ausschließlich in der Löschung der einschlägigen Daten eine wirksame Verhinderung der Verbreitung kinderpornografischer Inhalte über das Internet. Zusätzlich bedarf es ausreichenden Personals in der öffentlichen Verwaltung, die die Auswertung bzw. Ahndung der entsprechenden Straftaten vollziehen.“ Dazu die kinder-, jugend- und familienpol. Sprecherin der LINKEN **Eva von Angern** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)): „Der berechtigte Einwand gegen die Sperren oder gegen das Blocken von Seiten ist vor allem die Möglichkeit der technischen Umgehung einer jeden Sperre. Dieser Fakt wurde bereits im Januar 2009 durch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages in einem ausführlichen Gutachten zur Sperrverfügung gegen Internet-Provider dargelegt.“ Wichtig seien zudem ausreichend Personal und eine entsprechende Ausstattung der Polizei. Sowohl der Antrag wie auch der [Änderungsantrag der FDP](#) werden zur weiteren Beratung von allen Fraktionen in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie in den Ausschuss für Recht und Verfassung überwiesen.

TOP 14: Das [Kooperationsverbot im Bereich der Bildungspolitik aufheben](#) ([Drs. 5/2546](#)), dafür soll sich die Landesregierung im Bundesrat einsetzen. Es geht um die Erweiterung und Qualifizierung der Kooperationsmöglichkeiten des Bundes und der Länder in der Bildungspolitik. „Eine klare Regelung im Grundgesetz zur Kooperation im Bereich der Bildungspolitik ist aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE im unmittelbaren Landesinteresse.“, dies wird in der Antragsbegründung unterstrichen. Und der bildungspol. Sprecher der LINKEN **Matthias Höhn** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) erläutert: „Meiner Ansicht nach ist der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland deutlich besser als hin und wieder sein Ruf in der Öffentlichkeit und wir haben gute, nicht zuletzt auch historische Gründe gegen einen überbordenden Zentralismus. Deswegen geht es uns, wenn wir einen solchen Antrag stellen und das Kooperationsverbot thematisieren, auch nicht um die Frage „Föderalismus, ja oder nein?“ sondern es geht uns um die gemeinsame Wahrnehmung von Verantwortung für eine gemeinsame Aufgabe, nämlich gute Bildung für alle.“ [Staatsminister Robra](#) bemerkt fast süffisant, er beobachte auf der einen Seite, dass im Rahmen des Bildungskonvents die Bildungsdiskussion stärker regionalisiert, geradezu kommunalisiert werden solle und dass den Schulen mehr Autonomie zu geben sei. Das sei aber das genaue Gegenteil der Stärkung der Kompetenzen des Bundes in der Bildungspolitik. Er vermutet, es gehe vor allem um Geld vom Bund, weniger um seine inhaltliche Kompetenzen. Mit Ausnahme der FDP, die das alles ablehnt, stimmen alle Fraktionen für eine Überweisung in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien sowie in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

**Bildung
wirkt!**

30. April 2010, zweiter Beratungstag

TOP 02: Eine Aktuelle Debatte wurde von der LINKEN zum Thema [65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Tag der Erinnerung, der Mahnung und zugleich Chance für ein demokratisches, friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen und Völker \(Drs. 5/2561\)](#) beantragt. Deren Fraktionsvorsitzender **Wulf Gallert** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) erklärt: „Zu allererst müssen wir uns dessen erinnern, was 1945 zu Ende gegangen ist. Dort hatten wir in Deutschland das Ende einer zwölfjährigen Terror- und Gewaltherrschaft, die mit brachialer Gewalt jeden politischen Widerstand mit Terror und physischer Vernichtung auslöschte. Es war das Ende eines Systems des Völkermords an Juden, an Sinti und Roma, der systematischen Ausrottung von Homosexuellen und Menschen mit Behinderungen, das sich durch eine perfekte Planung und industriell funktionierende Effektivität auszeichnete. Ein System, das mit deutscher Gründlichkeit umgesetzt wurde. ... Und trotzdem gibt es diese Scheu, den Begriff der Befreiung zu verwenden. ... Sicherlich gibt es darüber hinaus Erfahrungen von Menschen in der Nachkriegszeit, die in die Betrachtung hier mit einfließen müssen. Auch die zum Teil völlig unbegründete Verfolgung von Deutschen durch die sowjetische Militäradministration in den Nachkriegsjahren. Aber auch hier erinnere ich an die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten, der darauf verweist, dass diese nicht ohne die Ursachen des Vernichtungskriegs der deutschen Faschisten zu begreifen sind. Wer dies nicht bedenkt oder wer gedankenlos oder absichtsvoll von der Kontinuität zweier deutscher Diktaturen spricht, verwischt diesen grundlegenden Zusammenhang und wird sich nie zu dem Charakter der Befreiung dieses 8. Mai 1945 bekennen können.“ Mit bemerkenswerter Klarheit positioniert sich [Ministerpräsident Böhmer](#): Bei objektiver Betrachtung werde niemand daran zweifeln können, dass der 8. Mai für die Deutschen ein Tag der Befreiung gewesen sei. Deutschland war auf die totale Kapitulation vor den Alliierten angewiesen, um dieses Schreckens- und Herrschaftssystem loszuwerden, das könne man niemals leugnen. Wahr sei aber auch, dass es die Menschen damals anders erlebt hätten, als es heute mit dem Abstand der Geschichte objektiver zu beurteilen sei. Wer damals in einem deutschen KZ saß, habe dies mit Sicherheit als Tag der Befreiung erlebt, das ist völlig unstrittig. Aber wahr sei auch, dass diejenigen, die in guter Absicht und völliger Verblendung geglaubt hätten, für Deutschland zu kämpfen, dies zunächst als eine Niederlage erlebt hätten. Es war nicht nur die Befreiung von einem nationalsozialistischen Machtapparat, das war die Befreiung von einer barbarischen, menschenunwürdigen Gesinnung. Beschlüsse werden bei Aktuellen Debatten nicht gefasst.

TOP 12: [Vierter Zwischenbericht der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“](#), so der nächste Tagesordnungspunkt. Die Sprecherin der LINKEN für Personalentwicklung im öffentlichen Dienst **Dr. Helga Paschke** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) bemerkt: „Natürlich bleibt es frustrierend, wenn die Geschehnisse von Veränderungen in und um das Personalkonzept eine Enquetekommission ständig hinterher laufen lassen. Der Bereich Justiz und Polizei waren dafür in jüngster Zeit wieder klassische Beispiele. ... das ist so, wenn es keinen ständigen Ausschuss für Personalentwicklung im Öffentlichen Dienst hat. ... Wir haben jetzt in der Enquetekommission eine Fülle von Fakten und Empfehlungen und der Handlungsdruck ist enorm. ... Das Parlament sollte (von der Landesregierung/Red.) zeitnah darüber unterrichtet werden, welche Vorschläge wie umgesetzt werden sollen und können.“

Der Landtag nimmt den Vierten Zwischenbericht der Enquetekommission freundlich zur Kenntnis.

TOP 15: Eine [Ergänzung der Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien \(Drs. 5/2547\)](#) fordert DIE LINKE, die Landesregierung soll in diesem Sinne auf Bundesebene tätig werden. In der **Antragsbegründung** wird auf den Kern des Problems verwiesen: „Das Bundesberggesetz ist in seiner gegenwärtig gültigen Fassung in besonderer Weise darauf ausgelegt, die Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen zu ermöglichen und zu fördern. Die Möglichkeiten zur Abschätzung der Folgen langfristiger Abbauvorhaben für Menschen und Umwelt sind in den Regelungen zur bergrechtlichen Vorhabensgenehmigung nur unzureichend berücksichtigt.“ Und der umwelpol. Sprecher der LINKEN **André Lüderitz** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) fügt hinzu: „Das so berühmte Nachhaltigkeitsdreieck ist im Bundesbergrecht nicht existent. Eine gleichrangige Abwägung zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten erfolgt nicht. An erster Stelle steht die volkswirtschaftliche Abwägung, an zweiter Stelle die Abwägung direkt betroffener Eigentümer und an dritter Stelle die fachgesetzliche Abwägung unter der genannten Rohstoffsicherungsklausel bis hin zum Naturschutzgesetz.“ Fast jeder Abgeordnete habe Probleme bei der Auffindung und dem Abbau von Bodenschätzen in seinem Wahlkreis erlebt, wisse um die Probleme der Beteiligung der gemeindlichen Ebene bei Beitrittsplänen, Verfüllungen oder Rekultivierungen. Auch hier wäre eine andere Rohstoffsicherungsklausel im Bundesberggesetz hilfreich, würde mehr Transparenz ermöglichen und vielleicht etwas mehr Verständnis auf beiden Seiten. Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr überwiesen.

TOP 16: Für eine [Verbesserung der Angebote integrativer Kinderbetreuung und -bildung \(Drs. 5/2550, Drs. 5/2577\)](#) wirbt DIE LINKE. In der **Begründung** wird auf das Problem verwiesen: „Die Statistik der Tageseinrichtungen für Kinder des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass Sachsen-Anhalt, bezogen auf die relative Anzahl integrativer Kindertageseinrichtungen, das Schlusslicht im Ländervergleich bildet.“ Zudem gelte es, verbindliche Standards für die Betreuung behinderter Kinder festzulegen. Die sozialpol. Sprecherin der LINKEN **Birke Bull** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) erläutert weiterführend: „Der Gedanke der Inklusion kommt zwar in der Tat aus der Behindertenbewegung, meint aber die Dazugehörigkeit aller Menschen und eben nicht nur der Menschen mit vermeintlichen Behinderungen. Es geht um Geschlecht, um ethnische Herkunft, um Religiosität und um Gesundheit. Das Prinzip heißt: Wir sortieren nicht mehr, sondern wir wollen Gemeinsamkeiten und Miteinander organisieren sowie Teilhabe sichern. ... Viel zu wenig Kinder ohne Behinderungen können gemeinsam mit Kindern mit Behinderungen lernen. Das heißt Inklusion: Das Leben mit Behinderungen erleben, Einfühlsamkeit erleben, Toleranz und zugleich Durchsetzungsfähigkeit entwickeln, für beide Seiten, wenn man es denn schon in Seiten einteilt.“ Gegen den sehr detaillierten Antrag der LINKEN setzt die Koalition einen [Alternativantrag](#), der die Landesregierung lobt und um eine Berichterstattung bittet. Mehr nicht.

Koalition und FDP lehnen zunächst eine Ausschussüberweisung, dann auch den Antrag der LINKEN ab, um schließlich dem Alternativantrag der Koalition zuzustimmen.

TOP 17: DIE LINKE wünscht [Mehr Transparenz für öffentlich-private Partnerschaften \(Drs. 5/2551\)](#), es geht um die so bezeichneten PPP-Projekte. In der **Antragsbegründung** heißt es dazu: „Obwohl PPP nichts am Grundproblem der Unterfinanzierung der kommunalen und Landeshaushalte ändert, sondern im Gegenteil die Verschuldung über Jahrzehnte dauernde Verträge zementiert, verkaufen Banken und Wirtschaftsberater PPP nach wie vor als „Ausweg“. ... Auch und besonders vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Landes mit dem PPP-Projekt Justizvollzugsanstalt (JVA) Burg/Madel bedarf es mehr Kontrolle und Transparenz. Das Ausmaß, die finanziellen, personellen sowie gesellschaftlichen Folgen der bis zu 30 Jahre laufenden Mietverträge für Bau und Betrieb der Projekte sind für Nutzerinnen und Nutzer sowie Bürgerinnen und Bürger intransparent.“ Der europapol. Sprecher der LINKEN **Harry Czeke** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) sieht die Dinge äußerst kritisch: „Der Vorschlag der Kommission, EU-Strukturfondsmittel an die stärkere Vergabe an PPP zu binden, muss vor dem Kontext der beginnenden Haushaltsverhandlungen zum EU-Haushalt ab 2014 gesehen werden. Es gibt einen Vorgeschmack auf die Ausrichtung: mehr Wettbewerb statt sozialen Ausgleich, mehr Geld für internationale Wettbewerbsfähigkeit und Außenwirkung der EU, weniger Geld für unterfinanzierte öffentliche Haushalte und ihre Aufgaben. ... Was ist das Hauptargument der PPP-Fans für PPP? Die Finanznot der öffentlichen Haushalte. ... Aber sind fehlende Mittel der öffentlichen Hand gute Voraussetzungen für eine „Partnerschaft“? Die Not des einen wird zum Geschäft des anderen.“ Der Antrag wird in den Ausschuss für Finanzen sowie in die Ausschüsse für Inneres und für Landesentwicklung und Verkehr überwiesen.

TOP 18: Für eine [Konsequente dreijährige Förderung von nicht verkürzbaren Umschulungen \(Drs. 5/2552\)](#) setzt sich DIE LINKE ein. Die **Antragsbegründung** umreißt die Problemlage so: „Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich der medizinischen, pflegerischen und erzieherischen Berufsfelder ... wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Dieser Bedarf wird in Zukunft nicht mehr über die Ressourcen der beruflichen Erstausbildung abgedeckt werden können. Die Umschulungen in diesen speziellen Berufsfeldern sind sehr erfolgreich. Sie bieten gerade auch für Frauen mittleren Alters nachhaltige neue Beschäftigungsperspektiven. Dem drohenden dramatischen Fachkräftemangel kann so wirksam entgegengewirkt werden. Die derzeitigen Regelungen erschweren sowohl den Umschulungswilligen als auch den Bildungsträgern die Lösung der oben genannten Probleme.“ Und die arbeitsmarktpol. Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** ([Redemanuskript](#) / [Video](#)) fügt ergänzend hinzu: „Nach Untersuchungen des ISW Halle sind in der Sozialwirtschaft überwiegend Frauen in der Altersgruppe zwischen 35 und 50 Jahren beschäftigt. Und das ist die Stelle, an der das Potential von motivierten und lebenserfahrenen Langzeitarbeitslosen ins Spiel kommt. Die Erfahrungen zeigen, dass entsprechend geeignete und umgeschulte langzeitarbeitslose Frauen anschließend mit hoher Wahrscheinlichkeit nachhaltig in dauerhafte und unsubventionierte Beschäftigung vermittelt werden können. Passt also, könnte man sagen, wenn da nicht die Regelungen des § 85 des SGB III wären. Der regelt die Voraussetzungen, unter denen eine berufliche Weiterbildung für Arbeitslose durch die Arbeitsverwaltung gefördert werden kann. Eine Voraussetzung ist die angemessene Dauer der Maßnahme, die in diesem Paragraphen dann gegeben ist, wenn sie gegenüber der Dauer einer entsprechenden Erstausbildung um ein Drittel verkürzt werden kann.“ Der Antrag wird in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

Redebeiträge der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion

Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN

⇒ Pressemitteilungen

Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die [Pressemitteilungen](#) der letzten Jahre zu finden.

⇒ Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt

Informationen sind hier zu finden:



15. November 2009: [Beschluss des Landesparteitages zum Antrag der Landtagsfraktion zum Landesentwicklungsplan und zur zukünftigen Energie- und Klimaschutzpolitik](#)

⇒ DIE LINKE – Bildung wirkt!



Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise

- 8. Mai 2010: [Regionalkonferenz Anhalt](#)
- 11. Mai 2010, Lutherstadt Eisleben: [Öffentliche Fraktionssitzung](#)
- 15./16. Mai 2010, Rostock: DIE LINKE.: [Bundesparteitag](#)
- 29. Mai 2010, Halle: [Workshop Metropolenregion](#)
- 29. Mai 2010: [Regionalkonferenz Altmark](#)
- 2./6. Juni 2010, Werbellinsee: [DIE LINKE. lernt – Frühlings-Akademie](#)
- 5. Juni 2010: [Regionalkonferenz Magdeburg](#)
- 12. Juni 2010, Magdeburg: Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- 16. Juni 2010, Magdeburg: Konferenz mit Betriebs- und Personalräten
- 17./18. Juni 2010, Magdeburg: Landtagssitzung

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php
- http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps:

[Mit aller Kraft für den Politikwechsel in Ländern und Bund - Bad Saarower Erklärung](#)

[Diskussion statt Dogmen](#)

[Der Programm-Entwurf vernebelt Streitpunkte](#)

[Offene Fragen der Linken](#)

[Gewerkschaften](#)

Immer lesenswert!



PDF-Download dieser und früherer Ausgaben: [HIER](#)

Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de